

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (8. Jahrgang, Nr. 09, September 2014)

Gott hat dir ein Gesicht gegeben, lächeln musst du selber.
Kontrolliere es ab und zu.

Altes Sprichwort. Verfasser unbekannt

Zweiter Teil der „Friedlichen Revolution“

Christian Friedrich Ernst Führer (* 5. März 1943 in Leipzig; † 30. Juni 2014 ebenda) war ein deutscher evangelisch-lutherischer Pfarrer. Er war Gemeindepfarrer der Nikolaikirche in Leipzig, in der seit 1982 wöchentlich Friedensgebete stattfanden. Als Mitorganisator der Montagsdemonstrationen 1989 in Leipzig gilt Führer als eine der Schlüsselfiguren während der friedlichen Revolution in der DDR. Er war einer der politischsten Denker der evangelischen Kirche. Der folgende Text ist ein Auszug aus seiner Rede zum vierzigjährigen Bestehen von Publik-Forum.

Er schreibt zunächst über die Friedliche Revolution. Sie sei „einmalig in unserer deutschen Unheilsgeschichte. Ein Wunder biblischen Ausmaßes“. Dann aber fährt er fort: „Der zweite Teil der Friedlichen Revolution steht noch bevor! Nicht nur in Deutschland. Tiefgreifende Änderungen im Wirtschaftssystem sind nötig. Denn Finanz- und Wirtschaftssystem - wie die Banken- und Finanzkrise zeigen - sind nicht mehr zukunftsfähig. Die Wurzelsünde des Globalkapitalismus, die Anstachelung der Gier, muss überwunden werden. Eine Wirtschaftsform der „solidarischen Ökonomie“ ist zu entwickeln, die die Jesus-Mentalität des Teilens praktiziert: Teilen von Bildung, Arbeit, Einkommen und Wohlstand, in der der Mensch an erster Stelle steht, nicht Geld und Profit. Eine Wirtschaft also, die die Würde des Menschen, das Gemeinwohl und die Solidarität in den Mittelpunkt der ökonomischen Aktivitäten stellt. Anders wachsen und wirtschaften: jetzt!

Die Einwände sind Legion. Von „naiv“ über „Gutmensch“ bis „zur bestehenden Marktwirtschaft gibt es keine Alternative“ – alle diese Phrasen werden immer wieder gedroschen. Das ist, als hätten die Menschen der Steinzeit festgestellt: „Zum Faustkeil gibt es keine Alternative“. Steinzeit for ever. Das war's denn ja doch nicht. Ja, die bedauernswerten Alternativlosen, Fantasielosen, Ausweglosen mit dem vielen Geld in den Händen, mit denen sie um die Schöpfung und das Leben auf dieser Erde pokern, statt es in den zweiten Teil der Friedlichen Revolution zu investieren. Da werden wir wohl selbst die Menschen werden müssen, die die Welt bewegen. Was meint Ihr?

nach Publik-Forum Nummer 13, Juli 2014

Rheinland-Pfalz ja, Hamburg nein

Die Diskussionen über die Einführung von Pflegekammern gehen weiter- allerdings mit unterschiedlichen Trends. In Hamburg haben sich bei einer Befragung nur 36 % der Pflegekräfte für eine Kammer ausgesprochen. 48 % sind dagegen und 16 % haben keine abschließende Meinung. Der Senat der Hansestadt hat das Vorhaben daraufhin zu den Akten gelegt. Ganz anders in Rheinland-Pfalz: Hier soll ein entsprechendes Gesetz bereits im Herbst verabschiedet werden.

Die Forderung, dass Pflegekräfte mehr Wertschätzung und Anerkennung brauchen, ist mehr als berechtigt. Notwendig dafür sind bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Bezahlung. Pflegekammern können die vielfältigen Probleme nach Ansicht von ver.di nicht lösen - nicht zuletzt, weil sie in den entscheidenden Fragen keine Regelungskompetenzen hätten.

Dieser Kritik zum Trotz übernimmt ver.di dort, wo Pflegekammern politisch gewollt und geschaffen werden, Verantwortung. So auch in Rheinland-Pfalz, wo die Gewerkschaft in der sogenannten Gründungskonferenz vertreten ist. Diese soll den Dialog intensivieren und die Gründung einer Pflegekammer vorbereiten. In Niedersachsen ist ver.di ebenfalls am »Vorbereitungsdialog Pflegekammer« beteiligt. Hier hatten sich bei einer Befragung zuvor 67 % für das Projekt ausgesprochen. Allerdings lehnte eine Mehrheit die Kammer ab, wenn Pflegekräfte zur Mitgliedschaft verpflichtet werden und Beiträge zahlen müssen. Die Landesregierung arbeitet an einem Gesetzentwurf.

Auch in Schleswig-Holstein hat das Sozialministerium ein solches Gesetz angekündigt. In Bayern soll die Entscheidung darüber in den kommenden Wochen fallen. Im Freistaat hatten sich in einer Befragung etwa 500 von 1.000 Pflegekräften für eine Kammer ausgesprochen. Gemessen an den 113.800 Pflegekräften im Land sind das aber gerade mal 0,44 %. »Dies kann nicht als demokratische Legitimation und Handlungsauftrag für die Einrichtung einer Pflegekammer in Bayern interpretiert werden«, erklärte ver.di-Landesfachbereichsleiter Dominik Schirmer. Er kritisierte zudem Methodik und Durchführung der Befragung.

ver.di Bayern beteiligt sich dennoch an einer vom Gesundheitsministerium eingerichteten Arbeitsgruppe. Schirmer fordert, die Politik müsse die »Windmühlendebatte« über die Pflegekammer schnellstens beenden und sich den tatsächlichen Problemen der Pflege zuwenden.

aus: verdi-publik 04-2014

Ein Leserbrief an DAGS

Ihr Lieben, schön, dass es Euch weiterhin gibt...
einige Anmerkungen:

-bei dem verdi-Artikel zur Krankenversicherung fehlt mir ein Hinweis auf die Möglichkeit einer 'wirklich solidarischen Krankenversicherung', in die alle gem. ihrem Einkommen einzahlen und man sich nicht ab 'Mittelbau' (brutto Monatseinkommen v. 4.463 €) verabschieden kann. Aber ich glaube, dass wäre auch keine verdi Position, weil deren Solidarität scheint mir in der Regel ja auch eher begrenzt (etwa im Umgang mit den eigenen MitarbeiterInnen). Euer Artikel zum Thema 'Sozialpsychiatrie' ist erstaunlich wertfrei.

U.a. wird nicht deutlich, dass die Kostensteigerungen nicht etwa durch das 'Verballern' von Geld entstanden sind, sondern durch die steigende Zahl betreuter psychisch kranker Menschen und Reformideen von Behördenseite, mit denen man eigentlich Kosten senken wollte.

Klar wird m.E. auch nicht: -7% mehr Klienten in der Sozialpsychiatrie zum gleichen Preis ist de facto Kürzung (und keine 'Deckelung')-die zusätzlich geforderte 'sozialräumliche Orientierung' mit ihren Aktivitäten, verlangten Ressourcen (etwa auch räumlich) u. Dokumentationsauflagen binden Zeit und Geld, was für die Betreuung der Klienten weitere Kürzungen bedeutet.-die (vom Gesetz her bei der Stadt liegende) Verantwortung für eine angemessene Betreuung der Betroffenen wird auf die Träger abgewälzt, was interessante Konflikte zur Folge haben kann/wird.-die zwangsweise entstehende Verminderung der Individualbetreuung trifft die am härtesten, die mit ihrer Erkrankung am stärksten geschlagen sind bis hin zu Überlegungen bei den Einrichtungen, ob mit dem 'engen Korsett' bestimmte Klienten überhaupt aufgenommen werden können.soweit erstmalEs gäbe noch mehr zu schreiben.

Nochmal: gut, dass es Euch (und das Info-Blatt) gibt.

Rüdiger Friebe

Buchempfehlung:

„Sozialarbeitende müssen sich heute mit ihrem Träger identifizieren, denn ihr persönliches Schicksal hängt vom Schicksal des Unternehmens ab. Wenn das Unternehmen Personalkosten sparen muss, also Lohnkürzungen, Stellenstreichungen oder eine noch schlechtere Bezahlung einleitet, um auf dem Markt zu überleben, wird dies notgedrungen hingenommen. Wird nach außen so getan, als wäre alles wunderbar und die Arbeit, die geleistet wird, in hohem Maße professionell, müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schweigen, um ihrem Träger keinen Schaden zuzufügen, denn dieser befindet sich stets in existenzieller Konkurrenz zu anderen Anbietern. Wenn die anderen billiger sind oder er in Misskredit gerät, hat er keine Chance mehr, Aufträge zu bekommen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Sozialen Arbeit nehmen diese Situation seit Langem auf sich ohne zu protestieren und oft auch, ohne zu erkennen, was hier passiert. Oft halten sie sich selbst für diejenigen, die versagen und die nicht stark genug sind, all das auszuhalten, was ihnen und der Klientel zugemutet wird.“

aus: Mechthild Seithe, Corinna Wiesner-Rau (Hrsg.):

Das kann ich nicht mehr verantworten
Stimmen zur Lage der Sozialen Arbeit

In Ergänzung zum Beitrag von Wolfgang Kessler Die Freihandelsfalle

Veröffentlicht in unserem Informationsblatt vom
August 2014 müssen wir lesen;

TISA verheißt neue Privatisierungswelle

Gleichzeitig stricken USA und EU an einem noch größeren Abkommen, dem TISA (Trade in Services Agreement, Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen). Daran sind 50 westliche Staaten beteiligt. Und dies wird da alles zu Dienstleistungen gezählt: Finanzen, Daten-Erfassung und -Handel (auch Bankkonten und E-Mails sind Daten!), Post, Verkehr und Transport, Internetdienste und -spiele, Versicherungen, Wasser, Energie, Bildung und Wissenschaft, Krankenpflege, Tourismus. Das verheißt eine neue Welle der Privatisierungen. Zudem sollen sie im Unterschied zu bisher unwiderruflich sein.

Zu den Dienstleistungen gehört übrigens auch die Vermittlung von Arbeit, also auch von Leih-, Saison- und Werkvertragsarbeit. Die Unternehmen lassen sich inzwischen lieber Niedriglöhner aus aller Welt heranziehen (und wieder weg-) schaffen, statt etwa China durch die massenhafte Auslagerung von Produktion zu einem unerwünschten Konkurrenten aufzupöppeln.

Und schließlich: In den Freihandels-Abkommen spielen Demokratie und Rechtsstaat, Arbeits- und Menschenrechte nach den Standards von UNO und ILO und die Erhaltung der Umwelt keine Rolle. Konzerne dürfen gegen Staaten klagen, aber für Staaten, Kommunen und ebenso für Arbeitnehmer und Gewerkschaften sind keine Klagerechte vorgesehen.

aus: verdi-publik 05-2014

DAGS im Internet

Besucht uns auch im Internet unter

www.dags-konvent.de

Hier könnt Ihr in allen Jahrgängen der Informationsblätter stöbern, erfährt, woran DAGS gerade arbeitet, oder könnt mit uns im Diskussionsforum diskutieren.

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
mathias.mees@web.de**

Unser nächstes Treffen findet statt am 16.10. 2014 von 18.00 bis 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg). Schwerpunktthema: Vorbereitung des Workshops „Ungerechte Arbeitsverhältnisse- Wer empört sich?“ beim Brüder- und Schwesterntag

Sei getrost und unverzagt, fürchte dich nicht und lass dich nicht erschrecken!

(Monatsspruch September 2014 aus Chronik 22, 13)

Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg